

Wahlprüfsteine des Landeselternrates zur Landtagswahl am 15.10.2017

1. Wird Ihre Partei aktiv für Elternmitwirkung bei Schülern über 18 Jahre eintreten?
2. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um den Breitbandausbau auch in ländlichen Gebieten zu forcieren?
3. Welches Maßnahmenpaket wird Ihre Partei ergreifen, bis zum Jahr 2023 die Inklusion personell und sächlich so auszustatten, dass an allen niedersächsischen Schulen Kinder mit Förderbedarf inklusiv beschult werden können?
4. Wird Ihre Partei aktiv für Betreuungsmöglichkeiten und die gesunde Mittagsverpflegung an den niedersächsischen Ganztagschulen eintreten?
Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei diesbezüglich ergreifen?
5. Bestehen Ihrerseits Überlegungen, Veränderungen in Bezug auf Ausstattungs- und Finanzierungsbeihilfen für Schulen in freier Trägerschaft vorzunehmen?
Wenn ja, welche Veränderungen sind zu erwarten?
6. Wie beabsichtigt Ihre Partei, zukünftig die Unterrichtsversorgung zahlenmäßig zu erfassen?
Werden Sie in diesem Zusammenhang die Datenbasis durch eine fortlaufende, monatliche Erhebung auf ein breiteres Fundament stellen?
7. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Fahrtkostenbefreiung für BerufsschülerInnen und SchülerInnen der Sekundarstufe II einführen?
Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?
Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?
8. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen an niedersächsischen Schulen einführen?
Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?
Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?
9. Welchen Aktionsplan wird Ihre Partei umsetzen, um die qualitative Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen Niedersachsens nachhaltig und unmittelbar spätestens im Schuljahr 2018/2019 auf über 105 % anzuheben?
10. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum zu steigern?
11. Anknüpfend an Frage 10: Wird Ihre Partei eine Anhebung der Besoldungsgruppen sämtlicher Lehrer in Niedersachsen beschließen, um im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zukünftig bestehen zu können?
12. Wird Ihre Partei, aktiv für den Fortbestand sämtlicher bestehenden Schulformen in Niedersachsen eintreten?
Wenn ja, welche konkreten Überlegungen bestehen, ein möglichst wohnortnahes gegliedertes Schulsystem aufrechtzuerhalten?
Wenn nein, wie wird sich in Ihrer Regierungsverantwortung die Schullandschaft gestalten?

13. Wird Ihre Partei BNE als Pflichtveranstaltung im Rahmen der Lehrerbildung implementieren?
Wenn ja, konkretisieren Sie bitte zu erwartende Veränderungen.
Wenn nein, warum sehen Sie kein Erfordernis?
14. Anknüpfend an Frage 13: Wird Ihre Partei konkrete Lernziele und Leistungsnachweise in zukünftigen Kerncurricula formulieren, um BNE präsender im Schulalltag zu verankern?
15. Wie beabsichtigt Ihre Partei, nach Abschaffung der Schulinspektion die Arbeit der Schulen in Niedersachsen zu evaluieren?
16. Anknüpfend an Frage 15: Kommt für Ihre Partei eine paritätisch mit Eltern besetzte zentrale Stelle, die direkt dem Minister/der Ministerin in Form des Berliner Modells unterstellt ist, in Betracht?
17. Was versteht Ihre Partei unter „Digitalisierung“ an den Schulen?
18. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Lehrerbildung auf die „Digitalisierung“, aber auch auf die Risiken und Gefahren im schulischen Alltag abzustimmen?
19. Wird Ihre Partei den Nachteilsausgleich auch für Auszubildende an den Berufsschulen und SchülerInnen im Abschlussjahrgang in der SEK I und SEK II einführen?
Wenn ja, welche Veränderungen können Betroffene erwarten?
Wenn nein, warum besteht aus Ihrer Sicht kein Bedarf des Handelns?
20. Wird Ihre Partei die frühzeitige Einbindung des Landeselternrates in Gesetzgebungsverfahren und allen anderen, Eltern niedersächsischer SchülerInnen betreffenden Veränderungen schulrechtlicher Vorgaben befürworten sowie aktiv an deren Umsetzung arbeiten?
21. Wie positioniert sich Ihre Partei bezüglich des Einschulungsalters und der Einschulungsvoraussetzung?
Sehen Sie Änderungs- oder Konkretisierungsbedarf, wenn ja welchen und welche Gründe sprechen für eine Veränderung?
22. Wie stehen Sie zu einem rückschlussfreien Beschwerdemanagement als Angebot für Eltern?
An welcher Institution sollte ein rückschlussfreies Beschwerdemanagement eingerichtet werden,
a) bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde?
b) bei dem Niedersächsischen Kultusministerium?
Welche Gründe sprechen für Ihre Auswahl a) oder b)?